

24. April 1974

Errichtung einer Stiftung "Schweizerisches Institut für Konfliktforschung und Friedenssicherung"

- Departement des Innern. Antrag vom 21. März 1974 (Beilage)  
 Politisches Departement. Mitbericht vom 1. April 1974 (Beilage)  
 Departement des Innern. Stellungnahme vom 3. April 1974  
 (Kenntnisnahme)  
 Militärdepartement. Mitbericht vom 2. April 1974 (Beilage)  
 Departement des Innern. Stellungnahme vom 5. April 1974  
 (Kenntnisnahme)  
 Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 29. März 1974 (Beilage)  
 Departement des Innern. Stellungnahme vom 1. April 1974  
 (Kenntnisnahme)

Gestützt auf den Antrag des Departements des Innern und auf das Mitberichtsverfahren sowie aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Das Departement des Innern wird beauftragt, den Entwurf zu einer Vorlage an die eidgenössischen Räte betreffend die Errichtung einer Stiftung "Schweizerisches Institut für Konfliktforschung und Friedenssicherung", der Zentralstelle für Gesamtverteidigung und dem Rat für Gesamtverteidigung sowie dem Schweizerischen Wissenschaftsrat zur Stellungnahme zu unterbreiten und anschliessend den allenfalls bereinigten Text an den Bundesrat zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Protokollauszug an:

- EDI 9 (GS 3, ID 1, AWF 5) zum Vollzug
- EPD 6 (DIO) zur Kenntnis
- EMD 4 (ZGV) " "
- FZD 9 " "
- EFK 2 " "
- Fin.Del.2 " "
- BK 1 (AS) " "

Für getreuen Auszug,  
 Der Protokollführer:

*S. M. M. M.*

70.27.301-Bu/dt

Bern, den 21. März 1974

AusgeteiltA n   d e n   B u n d e s r a tErrichtung einer Stiftung "Schweizerisches Institut  
für Konfliktforschung und Friedenssicherung"

## I.

In einem Postulat vom 5. Oktober 1966 wurde der Bundesrat von Nationalrat Max Arnold und 26 Mitunterzeichnern eingeladen, ein "Schweizerisches Institut für Konfliktforschung, Friedenssicherung und Rüstungsbeschränkung" zu errichten. Nach der Annahme des Postulates am 19. November 1967 ersuchte der Bundesrat am 1. November 1968 den Schweizerischen Wissenschaftsrat um Stellungnahme. Auf Grund des Berichtes einer Kommission unter dem Vorsitz von Prof. P. Jäggi empfahl der Wissenschaftsrat am 1. April 1970, eine Projektstudie ausarbeiten zu lassen. Der vom Bundesrat am 15. Juli 1970 beauftragte alt Botschafter Dr. Anton Ganz lieferte am 17. Februar 1971 eine "Projektstudie für ein Schweizerisches Institut zur Erforschung der internationalen Beziehungen und Konflikte". Der Wissenschaftsrat und die Zentralstelle für Gesamtverteidigung schlossen sich in ihren Vernehmlassungen vom 10. November 1971 im grossen und ganzen den Folgerungen der Studie Ganz an. Daher hiess der Bundesrat die Schaffung eines Bundesinstitutes zur Erforschung der Beziehungen und Konflikte grundsätzlich gut und wählte am 6. September 1972 die Mitglieder eines vorbereitenden Komitees. Unter dem Vorsitz von Prof. U. Hochstrasser entwarf dieses Komitee das Modell eines Institutes, welches am 9. Juli 1973 in einem Bericht dem Bundesrat vorgelegt wurde. Der Bundesrat stimmte am 17. September dem Bericht des Komitees grundsätzlich zu und beauftragte das Departement des Innern,

eine Botschaft im Sinne der Empfehlungen des Komitees auszuarbeiten.

## II.

Auf internationaler Ebene ist Konfliktforschung bereits ein anerkanntes wissenschaftliches Arbeitsgebiet mit theoretischer und praktischer Ausrichtung (Grundlagenforschung und angewandte Forschung); von ihr erwartet man in den nächsten Jahrzehnten wichtige Resultate über die Natur und Dynamik der zwischenstaatlichen Beziehungen.

In der Schweiz besteht auf dem Gebiete der Konfliktforschung eine eigentliche Forschungslücke. Ausser dem "Institut universitaire de Hautes Etudes Internationales" (IUHEI) in Genf, wo zwischenstaatliche Konflikte im Rahmen des Studiums der allgemeinen internationalen Beziehungen regelmässig Gegenstand wissenschaftlicher Forschungstätigkeit sind, existiert in der Schweiz bis heute weder ein Institut für Konfliktforschung, noch ein solches zum Studium der internationalen Beziehungen oder der Aussenpolitik. Der Umstand, dass Mitglieder aller acht im Nationalrat vertretenen Parteien das Postulat Arnold im Herbst 1966 unterzeichnet haben, zeigt, dass unabhängig von den politischen Auffassungen das Fehlen eines solchen Institutes als Lücke empfunden wird. Ausserdem ergaben die Sondierungen des Politischen Departements und des Wissenschaftsrates fast ausnahmslos eine Bejahung der Bedürfnisfrage für das von den Postulanten gewünschte Institut.

## III.

Im vergangenen Jahr zeigte sich als Folge der stark verschlechterten Lage der Bundesfinanzen immer deutlicher, dass diese Entwicklung die Verwirklichung dieses Projektes verzögern oder unmöglich machen könnte. So äusserte sich das Finanz- und Zolldepartement im Mitbericht vom 28. August 1973 zum Antrag des Departements des Innern vom 9. Juli 1973 wie folgt:

"Entgegen dem Bericht des vorbereitenden Komitees vermögen wir nicht an eine echte Dringlichkeit dieses Vorhabens zu glauben. Dass die interessierten Forscher für sich Dringlich-

keit beanspruchen, kann nicht ausschlaggebend sein, wenn gleichzeitig feststeht, dass wesentlich wichtigere Bedürfnisse aus Mangel an Geld zurückgestellt oder eingeschränkt werden müssen."

Der Bundesrat war der Auffassung, dass den Bedenken des Finanz- und Zolldepartements Rechnung getragen werden könne, indem er in seinem Beschluss vom 17. September 1973 festhielt, dass in der Botschaft ein Vorbehalt in bezug auf den Zeitpunkt der Gründung des Institutes anzubringen sei. In der Folge wurde vom Departement des Innern eine entsprechende Botschaft ausgearbeitet.

Durch die unerfreuliche Entwicklung des Finanzhaushaltes in den letzten Monaten hat die im Mitberichtsverfahren geäußerte Meinung des Finanz- und Zolldepartements zusätzlich an Gewicht gewonnen. Aus diesem Grunde möchten wir vor den im seinerzeitigen Bundesratsbeschluss vorgesehenen Konsultationen der Zentralstelle für Gesamtverteidigung und des Wissenschaftsrates auf Grund des Botschaftstextes noch einmal an den Bundesrat gelangen. Wir sind uns bewusst, dass ein momentaner Verzicht im Parlament nicht in allen Kreisen auf Verständnis stossen dürfte. Andererseits zwingt uns die Finanzlage des Bundes, mit den vorhandenen Mitteln haushälterisch umzugehen und nur die wichtigsten Vorhaben auszuführen.

Aus diesen Erwägungen beehren wir uns, Ihnen folgende

#### Alternativanträge

zu stellen:

Alternativantrag A:

Aus finanziellen Erwägungen wird die Schaffung eines Instituts für Konfliktforschung und Friedenssicherung vorläufig zurückgestellt.

Alternativantrag B:

Das Departement des Innern wird beauftragt, den Entwurf zu einer Vorlage an die eidgenössischen Räte betreffend die Errichtung einer Stiftung "Schweizerisches Institut für Konfliktforschung und Friedenssicherung", wie ursprünglich vorgesehen, der Zentral-

stelle für Gesamtverteidigung und dem Schweizerischen Wissenschaftsrat zur Stellungnahme zu unterbreiten und anschliessend den allenfalls bereinigten Text an den Bundesrat zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

*H. Müller*

Protokollauszug an:

- EDI 9 Ex. (GS 3, Pressedienst 1, AWF 5 zum Vollzug)
- EMD, Zentralstelle GV 3 Ex. zur Kenntnis,
- EPD, Direktion für internationale Organisationen, 3 Ex. zur Kenntnis,
- EFZD, Finanzverwaltung 3 Ex. zur Kenntnis.

o.191-214.III.- KR/bi

Berne, le 1<sup>er</sup> avril 1974Au Conseil fédéralR a p p o r t   j o i n t

relatif à la proposition du Département de l'intérieur,  
du 21 mars 1974, concernant la création d'une fondation  
"Institut suisse de recherche sur les conflits  
et les problèmes de la sécurité"

Le terme B de l'alternative a notre préférence, car, à  
la fin de la procédure, le Conseil fédéral peut toujours statuer  
selon le terme A.

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL

Graber

1241.1/74

3003 Bern, 2. April 1974

AusgeteiltAn den  
B u n d e s r a tM i t b e r i c h t

des Eidg. Militärdepartements zum Antrag des  
Eidg. Departements des Innern vom 21. März 1974  
betr. Errichtung einer Stiftung "Schweizerisches  
Institut für Konfliktforschung und Friedens-  
sicherung"

-----

Das Militärdepartement kann sich sowohl dem Alternativantrag A,  
wie auch dem Alternativantrag B anschliessen. Der Unterzeichnete  
wird anlässlich der Beratung endgültig Stellung nehmen.

EIDG. MILITÄERDEPARTEMENT



3003 Berne, le 29 mars 1974

Distribuée

Au C o n s e i l f é d é r a l

Errichtung einer Stiftung "Schweizerisches Institut für  
Konfliktforschung und Friedenssicherung".

---

603.6

Rapport joint à la proposition du Département de l'intérieur  
au Conseil fédéral du 21 mars 1974

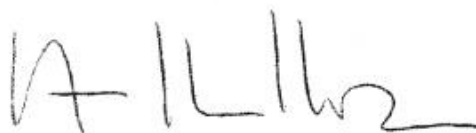
---

La situation financière actuelle nous permet de n'accepter que  
la proposition du renvoi de la création de cet institut, soit  
l'alternative A.

En effet, des efforts considérables doivent être fait en ce mo-  
ment pour rétablir l'équilibre des finances fédérales et une  
des premières mesures à prendre dans cette perspective consiste  
à renoncer à tous nouveaux projets.

Comme celui-ci n'est pas d'une extrême urgence, il nous semble  
qu'un renoncement provisoire à sa création s'impose absolument  
dans les circonstances présentes.

DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES ET DES DOUANES



G.-A. Chevallaz